

Niederschrift

über die Sitzung (öffentlicher Teil)
des Integrationsrates

am Mittwoch, **14.03.2012**, 18:11 Uhr - 20:37 Uhr,
Konferenzzimmer, Stadtweinhaus, Prinzipalmarkt 8-9, 48143 Münster

Anwesend waren:

Mitglieder

Dr. Hüseyin Avlar , Joachim Bruns (Fraktion DIE LINKE), Mehmet Akif Cetinkaya , Yildirim Eroglu , Sylvie Eschkotte , Dr. Diraid Ibrahim , Manfred Kehr (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL), Aynur Küçük , Türkan Kurt , Antonio Machado da Silva , Felix Ruben Manrique Barrera , Spyridon-Paul Marinos , Franziskus-Pius Graf von Merveldt (Fraktion CDU, bis 20.27 Uhr), Hoang Ngan Nguyen , Ahmet Özdemir , Pascal Powroznik (Piraten), Deler Saber , Petra Seyfferth (Fraktion SPD), Dr. Georgios Tsakalidis , Peter Wolfgarten (Fraktion CDU, bis 20.15 Uhr), Dr. Ömer Lütfü Yavuz , Ahmet Yesilyaprak

von der Verwaltung

Jochen Köhnke , Rainer Leskow , Sandra Rischer

für die Schriftführung

Susanne Jostameling

Es fehlten:

Musa Mohammad Omar , Thomas Paal , Kakha Tandilashvili , Robert von Olberg (Fraktion SPD)

Es fehlten:

Dr. Brigitte Hasenjürgen Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL)

Gäste:

Frau Ursula Stroot, Herr Erwin Stroot, Frau Ana Golemi

nichtöffentlicher Sitzungsteil Es fand kein nicht-öffentlicher Sitzungsteil statt.

Tagesordnung

	1.	Eingänge und Mitteilungen
	2.	Berichte
	2.1.	Mündlicher Bericht von Herrn Stroot über das Programm "Wohnen für Hilfe"
	3.	Entscheidungen
<u>V/0168/2012</u> V	3.1.	Vorschlag des Integrationsrats zur Entsendung eines sachkundigen Einwohners/ einer sachkundigen Einwohnerin in den Ausschuss für Schule und Weiterbildung
<u>V/0066/2012</u> V	3.2.	Zuschüsse des Integrationsrates zu Veranstaltungen und Projekten
<u>V/0175/2012</u> V	3.3.	Gewährung eines pauschalen Auslagenersatzes
	4.	Anfragen, Anregungen, Anträge der Mitglieder des Integrationsrates
	5.	Berichte aus den Ausschüssen
	6.	Verschiedenes
	6.1.	Anregung gemäß § 24 GO NRW- Antrag von Schülern/-innen zur Save-me Kampagne

Punkt 1 der Tagesordnung

Eingänge und Mitteilungen

Herr Köhnke berichtete:

- Allgemeine Informationen zum Verfahren der Entsendung Sachkundiger Einwohner/innen in Ausschüsse des Rates:

Beschlussverfahren im Integrationsrat

Für die Beschlüsse, die sich auf die grundsätzliche Frage der Anregung zur Entsendung von sachkundigen Einwohnern/innen beziehen (Beschlussvorschlag zu 1), findet § 50 Abs. 1 GO NRW Anwendung. Nach dieser Vorschrift werden Beschlüsse mit Stimmenmehrheit gefasst.

Wenn Mitglieder des Integrationsrates ein Mandat abgeben möchten, sei es nicht ausreichend, dies intern z. B. im Rahmen der Montagsbesprechungen, zu kommunizieren, so Herr Köhnke. Es muss dem Oberbürgermeister offiziell mitgeteilt werden, ob und wann ein Mandat abgegeben wird. **Nur eine schriftliche Niederlegung mit Originalunterschrift gegenüber dem Oberbürgermeister ist das rechtlich korrekte Verfahren.** Abweichungen davon sind nicht zulässig.

Ob Sachkundige EinwohnerInnen, die nicht Mitglieder des Integrationsrates sind gewählt werden können, dazu gibt es kein einschlägiges Urteil bei den Verwaltungsgerichten. Zu

berücksichtigen ist die Rückkoppelung in das Gremium Integrationsrat, wenn eine Person gewählt wird, die nicht Mitglied des Integrationsrates ist. Um eine Rückkoppelung der Informationen aus dem jeweiligen Ausschuss in den Integrationsrat sicherzustellen, erscheint es sinnvoll, Mitglieder des Integrationsrates zur Entsendung vorzuschlagen, ist aber rechtlich nicht zwingend vorgeschrieben. Grundvoraussetzung bleibt dabei nach wie vor, dass die vorgeschlagene Person wählbar ist.

Für die Beschlüsse, die sich gegebenenfalls auf die personellen Vorschläge beziehen (Beschlussvorschlag zu 2), findet § 50 Abs. 2 Anwendung, da hier Personen gewählt werden, die dem Rat zur Entsendung vorgeschlagen werden. Nach § 50 Abs. 2 werden Wahlen, wenn das Gesetz nichts anderes bestimmt oder wenn niemand widerspricht, durch offene Abstimmung, sonst durch Abgabe von Stimmzetteln, vollzogen. Gewählt ist die vorgeschlagene Person, die mehr als die Hälfte der gültigen Stimmen erhalten hat. Nein-Stimmen gelten als gültige Stimmen. Erreicht niemand mehr als die Hälfte der Stimmen, so findet zwischen den Personen, welche die beiden höchsten Stimmenzahlen erreicht haben, eine engere Wahl statt. Gewählt ist, wer in dieser engeren Wahl die meisten Stimmen auf sich vereinigt. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los.

Beschlussfassung im Rat

Auf der Grundlage der Anregung des Integrationsrates ist dann eine Beschlussfassung des Rates erforderlich. Hierfür findet § 50 Abs. 3 GO NRW Anwendung.

Nach dieser Vorschrift ist der mehrheitliche Beschluss der Ratsmitglieder über die Annahme eines einheitlichen Wahlvorschlages, auf den sich die Ratsmitglieder zur Besetzung der Ausschüsse geeinigt haben, ausreichend.

Die Wahl erfolgt – sofern es nicht zu einem einheitlichen Wahlvorschlag kommt – nach den Grundsätzen der Verhältniswahl und es wird in einem Wahlgang abgestimmt (§ 50 Abs. 3 Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen – Quotenverfahren nach Hare/Niemeyer).

Aktuell möchte Herr Cetinkaya seinen Rücktritt als sachkundiger Einwohner im Kulturausschuss erklären. Er unterschrieb das vorbereitete Rücktrittsschreiben, welches an den Oberbürgermeister weitergeleitet wurde.

Herr Köhnke teilte mit, dass für die Zeit des Mutterschutzes von Frau Rischer Frau Jostameling die Vertretung in der Geschäftsstelle des Integrationsrates übernehmen wird. Eine Stelle innerhalb der Stadtverwaltung wird erst neu besetzt, wenn das Kind geboren ist. Frau Jostameling hat noch ihr eigenes Aufgabengebiet. Sie übernimmt die Aufgaben in der Geschäftsstelle zusätzlich. Die Leistungen innerhalb der Geschäftsstelle können aus diesen personellen Gründen, nicht immer so in vollen Umfang erbracht werden wie bisher. Bei Erkrankung von Frau Jostameling wird diese von einer Mitarbeiterin des Sozialamtes vertreten.

- Am 08.03. hat die Abschlussveranstaltung des Kindermusikfestivals Karibuni mit 350 Kindern im Rathausfestsaal stattgefunden.
- Veranstaltung Internet und Social-Media-Strategie im Verein internationaler Unternehmen am 15.03.2012 um 19 Uhr in der Rüstkammer im Stadtweinhaus; der Verein steht kurz vor der Gründung

- 1. Internationales Unternehmerinnen-Frühstück am 20.03.2012 von 8.30-10.30 Uhr bei Frauen und Beruf, Warendorfer Str. 3, 48145 Münster (3. Etage) im Rahmen des Komm-in-Projektes.

3. Allgemeine Informationen:

Startschuss Bürgerhaushalt am 28. März

Der Bürgerhaushalt in Münster geht ins zweite Jahr: Oberbürgermeister Markus Lewe wird den Startschuss für den Bürgerhaushalt 2012 am 28. März 2012 um 18.30 Uhr im Rathausfestsaal geben. Bei dieser Auftaktveranstaltung zum Bürgerhaushalt können Sie erleben, wie die Verwaltung mit den Vorschlägen aus dem letzten Jahr umgeht. Sie können Vorschläge abgeben, diskutieren oder sich einfach nur dieses Beteiligungsinstrument vorstellen lassen.

Ab 28. März besteht auch wieder die Möglichkeit, im Internet (unter <http://buergerhaushalt.stadt-muenster.de>), schriftlich und telefonisch Vorschläge einzureichen.

Die Mitglieder des Integrationsrates erhalten zur Auftaktveranstaltung noch ein **persönliches Einladungsschreiben des Oberbürgermeisters**.

Herr Marinos entschuldigte das Fehlen von Herrn von Olberg und Herrn Paal.

Er berichtete über die Eröffnung der Russischen Filmtage in Münster. Vom 09. März bis 25. März können Kinogänger aus Münster und Umgebung wieder aktuelle Filme aus Russland bestaunen. Zur Eröffnung war der Russische Botschafter anwesend.

Petros Markaris hält am 15.03. eine Lesung zur Thematik „Faule Kredite“

Das Gesetz zur Feststellung und Anerkennung im Ausland erworbener beruflicher Qualifikationen wurde verabschiedet. Eine erste Infoveranstaltung der Handwerkskammer für Beratungsstellen hat schon stattgefunden. In der ersten Veranstaltung ging es inhaltlich um gewerbliche und technische Berufe. Am 30.03.2012 findet in der Zeit von 12 Uhr bis 14 Uhr, auf Initiative von Herrn Marinos, der nächste Termin für alle Interessierten aus dem Integrationsrat und den Beratungsstellen in der Agentur für Arbeit, Martin-Luther-Weg statt. Herr Marinos wird hierzu gesondert einladen.

Deutschland hat am 28.02.2012 einseitig den Fürsorgevertrag gekündigt. Neu angekommene Menschen aus den EU-Ländern haben demnach keinen Anspruch mehr auf Leistungen nach SGB II und SGB XII nach dem 3. Monat der Einreise. Die Fachämter wissen auch noch nicht wie es weiter geht.

Herr Marinos hat am 10.03.2012 mit Herrn Cetinkaya, Frau Seyfferth und Herrn Köhnke an einer Informationsveranstaltung zum neuen Integrationsgesetz teilgenommen.

Am 12./13. März hat der Beirat der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration einen Beschluss gefasst zur Bekämpfung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und rechtsextremer Gewalt.

Hohe Aufmerksamkeit erfährt die aktuelle Installation des Münsteraner Künstlers Thomas Nufer in der Türkei. So berichtet „Hürriyet“, eine der drei auflagenstärksten Zeitungen der Türkei, in einem Artikel über die Kunstinstallation, die als Solidaritätserklärung für alle in Münster lebenden ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger gesehen werden soll. Die örtliche Presse hat zunächst sehr wenig Notiz von der Kunstinstallation genommen. Daraufhin hat sich Frau Seyfferth erneut an die hiesige Presse gewandt, um doch noch eine gewisse Öffentlichkeit zu erreichen. Ein Bild der Installation wurde geklaut und ein Bild zerstört. Nach Aussage der Polizei waren die Täter betrunkene Jugendliche, welche die Ausstellung für Nazi-Plakate gehalten haben. Die Angriffe hatten also keinen rechtsradikalen Hintergrund.

Frau Seyfferth findet es bedauerlich, dass die Installation bereits wieder abgebaut wurde. Die Kaufleute wollten die Plakate nicht länger hängen lassen, so teilte Herrn Nufer Frau Seyfferth im Rahmen eines persönlichen Gespräches mit. Frau Seyfferth sieht es als Möglichkeit, die Bilder in kleinem Format in den Schaufenstern der Geschäfte auszustellen. Der Vorschlag wurde von den Mitgliedern des Integrationsrates befürwortet.

Herr Özdemir teilte mit, dass der Bundespräsident a. D. Horst Köhler, am 17. März die münsterische JVA besuchen wird und dort mit Gefangenen wie Gästen die Frage „Was geht und eigentlich Afrika an?“ im Rahmen einer Lesung mit anschließender Diskussion besprechen wird. Die Veranstaltung findet in der Zeit von 11 Uhr bis 13 Uhr statt.

Der Aufmarsch der Neonazis und der dafür organisierte Polizeieinsatz am 03.03.2012 haben zu Diskussionen innerhalb der Stadtgesellschaft geführt. Die Beamten hätten den rechtsextremen Gruppen rassistische Hetze ermöglicht, hieß es vom Bündnis aus mehr als 100 Organisationen, darunter Parteien, Gewerkschaften, kirchliche Gruppen und Sportvereine. Die Polizei verwies auf das Versammlungsrecht. Es sei weitgehend gelungen, Rechtsextremisten und Gegendemonstranten zu trennen, hieß es. Bei den Protesten kam es zu einzelnen Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Gegendemonstranten. An einer Stelle versuchten 150 Nazigegner, Polizeiabsperungen zu überwinden und zur Marschroute der Neonazis vorzudringen. Nach Polizeiangaben wurden mindestens sechs Menschen verletzt, davon vier Beamte. Es gab zwei Dutzend Festnahmen. 32 Menschen wurden in Gewahrsam genommen, darunter zwei Neonazis mit Messer und Feuerwerkskörpern. 62 Menschen erhielten Platzverweise. (Zitate aus der Presse zum Hintergrund)

Herr Bruns sprach für die Fraktion Die LINKE zu den Ereignissen des 03.03. und wies darauf hin, dass seine Fraktion mit einem Runden Tisch an dem u. a. Gewerkschaften, Polizei und Parteien teilnehmen sollen, die Ereignisse reflektieren möchte. 2006 sei weniger Frustration bei den Neonazigegnern ausgelöst worden und die Polizei sei nicht so rigide vorgegangen wie bei diesem Einsatz.

Herr Marinos hatte sich bei den Planungen der Gegendemonstrationen dafür ausgesprochen eine einzelne gebündelte Gegenveranstaltung durchzuführen. Dieser Vorschlag wurde nicht aufgegriffen.

Herr Marinos habe seitens des DGB und in der öffentlichen Wahrnehmung viel Lob für seine Rede erhalten. In den Medien jedoch wurde dieser Beitrag als die Stimme der ausländischen Bürgerinnen und Bürger, die sich gegen den Neonazimarsch engagiert haben, überhaupt nicht erwähnt.

Als die großen Flüchtlingsströme in den Balkankriegen das Ruhrgebiet erreichten, hat Herr Marinos auf einen Artikel in der Bildzeitung reagiert, in dem es hieß „Wer soll die Kosten für die Asylanten bezahlen“. Seine Reaktion auf diesen Artikel wurde nur in der belgischen und niederländischen Presse reflektiert, in den Münsteraner Zeitungen gab es seinerzeit kein Echo. Herr Marinos bedauert es, dass die Medien in Münster häufig die Position oder Aktivitäten der Ausländer verschweigen.

Herr Yesilyaprak hat den Neonaziaufmarsch mit den 311 Neonazis auf der Straße „Im Hagenfeld“ erlebt, ein Straßenteil, der Teil der Marschroute war. Die Bewohnerinnen und Bewohner wurden dort teilweise von verumumten Personen massiv bedroht und auch bespuckt und mit entsprechenden Zeichen entwürdigt. Die Neonazis haben die Anwohnerinnen und Anwohner fotografiert und hunderte von Fotos auf ihre Seiten ins Netz gestellt.

Mit der Änderung von Straßennamen habe sich der Integrationsrat bisher noch nicht befasst, so Herr Marinos. Dennoch fände er es wünschenswert, wenn Namen von ehemaligen NS-Leuten aus der Stadt verschwinden würden, denn Münster sei eine offene und tolerante Stadt. Es werde sich bestimmt eine gute Lösung finden lassen.

Herr Yesilyaprak regte an, dass bei der Ausschreibung der frei gewordenen städtischen Stelle des Amtsleiters Personal, neben den üblichen Zusätzen zur Berücksichtigung von Frauen und Behinderten, auch der Hinweis erscheine, dass die Bewerbung von Menschen mit Migrationsvorgeschichte ausdrücklich erwünscht sei.

Herr Marinos wies auf gute Kooperationen des Integrationsrates mit dem Personal- und Organisationsamt hin. Ausschreibungen, so Herr Marinos, enthalten bereits entsprechende Zusätze zur Werbung von Menschen mit Migrationsvorgeschichte.

Punkt 2 der Tagesordnung

Berichte

Punkt 2.1 der Tagesordnung

Mündlicher Bericht von Herrn Stroot über das Programm "Wohnen für Hilfe"

Herr Stroot berichtete. Zunächst war das Projekt „Wohnen für Hilfe“ nur als Hilfe für Ältere, Studierende und Auszubildende gedacht. Per Entscheidung im Rat, wurde das Projekt für alle Personengruppen, die an dem Projekt teilnehmen möchten, ausgeweitet. Aber bisher hat sich nur eine Frau gemeldet, die nicht zu dem älteren Personenkreis gehört und ihren Wohnraum gegen Hilfeleistung anbietet.

Das Projekt war vom 29.07.2005 – 31.05.2008 hauptamtlich beim Amt für Wohnungswesen angesiedelt. Offizieller Startschuss war am 01.12.2005. Seit dem 01. März 2009 führt das Ehepaar Stroot ehrenamtlich das Projekt „Wohnen für Hilfe“ und nutzt dabei die räumlichen Möglichkeiten des Hansahofes.

Herr Stroot wird im Rahmen des Projektes überwiegend von älteren Menschen als Wohnungsanbieter kontaktiert, die sich bei ihm melden und mitteilen, dass Sie Hilfe benötigen.

Daraufhin besucht Herr Stroot die ältere Person oder das ältere Ehepaar zuhause. Die Gespräche dauern regelmäßig ca. 1 – 2 Stunden. Es muss ein Vertrauensverhältnis aufgebaut werden. Herr Stroot und seine Frau machen sich ein Bild von der Situation vor Ort und der Persönlichkeit der älteren Menschen. Es gibt unterschiedliche Gründe für die älteren Menschen, sich an diesem Projekt zu beteiligen. Beispielsweise wird Hilfe benötigt im Garten, im Haushalt oder beim Einkauf. Auch das Gefühl der Sicherheit ist wichtig, im Notfall können Ärzte benachrichtigt werden. Auch benötigen ältere Menschen etwas Unterhaltung oder wollen einfach nicht alleine sein, Faustregel ist, eine Stunde persönlicher Einsatz für einen Quadratmeter mietfreies Wohnen. Nebenkosten müssen jedoch entrichtet werden. Die Obergrenze für die Mietnebenkosten beträgt derzeit 2 Euro pro Quadratmeter Wohnfläche.

Die Zahl der BewerberInnen (ca. 250) ist fünfmal so groß wie das Angebot an Wohnraum mit Gegenleistung. Studentinnen und Studenten mit sozialer Erfahrung werden bevorzugt in das Projekt eingebunden. Von 51 Vermittlungen betrug die Quote der ausländischen Studierenden 40 %. Deutschkenntnisse müssten aber vorhanden sein, so Herr Stroot. Im Vergleich dazu ist der Anteil der ausländischen Studierenden an den Hochschulen in Münster mit etwa 8 % deutlich geringer.

Studierende aus dem Ausland seien bescheidener als ihre deutschen Kommilitoninnen, so Herr Stroot und sie sind an den Wochenenden in Münster und nicht bei ihren Eltern. Herr Stroot hat ein Büro im Hansahof und dort zweimal wöchentlich mittwochnachmittags und freitagvormittags Sprechstunde. Es werden nur Studierende ab dem 2. oder 3. Semester genommen, da es wichtig sei, dass die Anfangsschwierigkeiten im beginnenden Studium überwunden sind.

In einem dritten Termin, nach den Vorgesprächen mit den älteren Personen und den Studierenden, treffen beide Interessenten aufeinander. Die Sympathie entscheidet. Nach diesem Treffen

gibt es für die Interessenten eine Bedenkzeit und eine Probezeit von 4 Wochen. Im Anschluss kann dann ein Wohnpartnerschaftsvertrag unterzeichnet werden.

Herr Stroot wies auf die Bedeutung der Pressearbeit hin. Momentan gibt es nahezu eine dramatische Wohnsituation für Studierende in Münster. Die Studentenwohnheime sind bedingt durch die doppelten Abiturjahrgänge in Niedersachsen, durch die Abschaffung der Studiengebühren und aufgrund der Aussetzung der Wehrpflicht vollständig belegt. Herr Stroot hat regelmäßig Bewerbungen aus dem Ausland, die auf diesem Wege versuchen, eine Wohnung und eine Studienplatzzusage zu bekommen.

Herr Leskow vom Amt für Wohnungswesen berichtete, dass in dem Zeitraum, in dem das Amt für Wohnungswesen das Projekt betreut habe, etwa 1/3 der ausländischen Studierenden von diesem Projekt partizipierten. Das Zusammenleben hat in der Regel gut bis sehr gut funktioniert. Aber es gab auch Beispiele für nicht funktionierende Wohnpartnerschaften, die dann aufzulösen waren. Nicht zulässig sei, so Herr Leskow, dass die Studierenden im Bereich der Pflege tätig werden. Wichtig sei auch eine faire und eindeutige Vereinbarung über die zu leistenden Tätigkeiten, die möglichst schriftlich festgelegt werden sollte.

Am 31.05.2008 lief das NRW-geförderte Projekt „Wohnen für Hilfe“ aus und es wurde eine Person gesucht, die das Projekt ehrenamtlich fortführt. Zunächst konnte niemand gefunden werden, so Herr Leskow. Als Herr Leskow im AK „Von Mensch zu Mensch“ das Projekt vorgestellt hat, meldete sich Herr Stroot spontan und signalisierte seine Bereitschaft das Projekt fortführen zu wollen unter bestimmten Voraussetzungen.

Herr Dr. Tsakalidis begrüßte das Engagement von Herrn Stroot und war positiv überrascht, dass die Verwaltung den Weg gegangen ist, diese Aufgaben und die daraus resultierende Verantwortung in die Bürgerschaft zu geben. Herr Dr. Tsakalidis fragte nach dem Verhältnis zwischen der Verwaltung und Herrn Stroot.

Herr Stroot berichtete von einem guten Verhältnis. Er erhält eine Aufwandsentschädigung in Höhe von 1.500,00 Euro pro Jahr und für Materialien, wie Druckkosten für Werbebroschüren, hat er eine anfängliche Finanzierung von 5.000 Euro erhalten. Diese Pauschale beträgt nun jährlich 1.000,00 Euro. Die ehrenamtliche Arbeit von ihm und seiner Frau hat die Bürgerstiftung mit dem ersten Preis von 5.000 Euro honoriert. Eine weitere Bedingung für die Aufnahme seiner Tätigkeit war, dass er die Informationsbroschüren des Amtes für Wohnungswesen weiter nutzen durfte, und dass er regelmäßig vor den Gremien berichtet, um Interessenten zu werben. Abgesehen von diesen Rahmenbedingungen arbeitet das Ehepaar Stroot in Eigenverantwortung.

Frau Kücük fragte nach, ob sich auch 2 Studentinnen gemeinsam in einer Wohnpartnerschaft beteiligen können. Herr Stroot teilte mit, dass im Regelfall nur eine Person genommen werde, es habe aber in der Vergangenheit ein Beispiel von zwei Studentinnen in einer Wohnpartnerschaft gegeben, dies bestätigte auch Herr Leskow.

Herr Dr. Ibrahim befürwortet das Projekt „Wohnen für Hilfe“, da auch die Studierenden von den älteren Menschen profitieren könnten, da diese die deutsche Sprache langsamer sprächen und dies eine gute Hilfe zum Erlernen der deutschen Sprache sei.

Herr Kehr berichtete von anfänglichen Schwierigkeiten des Projektes. Als Folge dessen sei das Zielspektrum der Wohnraumanbieter aufgefächert worden, so Herr Kehr. Er fragte nach, ob es auch andere Wohnraumanbieter gäbe. Herr Stroot teilte mit, dass eine Studentin in einem Heim für Demenzkranke wohnen würde und dort mit den Bewohnerinnen und Bewohnern spielt und singt. Darüber hinaus gibt es noch ein Wohnangebot von einer jüngeren Familie in Handorf. Eingebunden in das Projekt sind ansonsten fast immer Studierende und ältere Menschen, so Herr Stroot.

Frau Nguyen bedankte sich für das Projekt. Sie fragte nach der Art der Krankenversicherung der Studierenden und wie es mit der Meldepflicht aussieht.

Die Studentinnen und Studenten sind als Studenten bei den Krankenversicherungen gemeldet, wie andere Studierende auch, zusätzlich müssten sie noch eine Haftpflichtversicherung abschließen, und sich nur im Einwohnermeldeamt wie üblich anmelden. Darüber hinaus gehende Meldepflichten sind nicht vorhanden.

Herr Eroglu fragte nach, ob es auch Wohnungsangebote von älteren Menschen mit Migrationsvorgeschichte gäbe: Diese Frage wurde verneint. Herr Powroznik sieht diese Sitzung als möglichen Anstoß, auch ältere Menschen mit Migrationsvorgeschichte zu motivieren, sich in diesem Projekt zu beteiligen. Die Mitglieder des Integrationsrates könnten als Multiplikatoren fungieren.

Anwesend in der Sitzung des Integrationsrates war der Leiter des Wohnungsamtes in Jena. Er war sehr begeistert von dem münsterschen Projekt „Wohnen für Hilfe“ und seiner ehrenamtlichen Umsetzung. In Jena ist „Wohnen für Hilfe“ am Studentenwerk verankert und erhält Unterstützung vom städtischen Wohnungsamt. Herr Main wird nach Rückkehr prüfen, ob ebenfalls eine ehrenamtliche Variante ergänzend hinzugefügt werden kann.

Punkt 3 der Tagesordnung

Entscheidungen

Punkt 3.1 der Tagesordnung V/0168/2012

Vorschlag des Integrationsrats zur Entsendung eines sachkundigen Einwohners/ einer sachkundigen Einwohnerin in den Ausschuss für Schule und Weiterbildung

Zu dem Verfahren eines Rücktritts /Entsendung siehe TOP 1: Eingänge und Mitteilungen.

Es war eine Kandidatin anwesend, die die Interessen des Integrationsrates gerne als Sachkundige Einwohnerin im Ausschuss für Schule und Weiterbildung vertreten würde.

Herr Marinos sieht die Verpflichtung der Sachkundigen Einwohner/Innen regelmäßig an den Sitzungen des Ausschusses teilzunehmen, aktiv mitzuarbeiten und vor dem Integrationsrat über wichtige Punkte zu berichten. Auch eine Teilnahme an den Vorbereitungstreffen (montags) wäre wünschenswert, um einen gegenseitigen Informationsaustausch zu sichern.

Herr Dr. Ibrahim brachte den Antrag ein, die Wahl der Sachkundigen Einwohner zu verschieben. Es gäbe neben der anwesenden Bewerberin noch weitere Personen, die sich für den Kulturausschuss, Ausschuss für Schule und Weiterbildung und den Fachbereich Frieden, bewerben möchten. Die Besetzung der Funktionen sei zu wichtig und solle ausführlich diskutiert und vorbereitet werden. Er lehnte eine übereilte Entscheidung ab.

Herr Dr. Tsakalidis bemerkte, dass seit Monaten keine Person den Integrationsrat im Kulturausschuss vertreten habe. Er plädierte für eine schnelle Entscheidung bei der Besetzung dieser Funktion. Er möchte darüber hinaus in einer Vorlage einen Vorschlag an den Rat mit allen zu besetzenden Ausschüssen geben.

Dem Antrag von Herrn Dr. Ibrahim wurde mit 9 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 10 Enthaltungen gefolgt.

Herr Kehr plädierte als ehemaliger Vorsitzender des Schulausschusses ebenfalls für eine schnelle Entsendung eines Sachkundigen Einwohners/ einer Sachkundigen Einwohnerin in den Ausschuss für Schule und Weiterbildung. In der Vergangenheit seien die Sachkundigen Ein-

wohnerInnen aus den Reihen des Integrationsrates oft nicht anwesend oder nicht ausreichend informiert gewesen. Herr Kehr hält eine Teilnahme für außerordentlich wichtig, da viele Diskussionen/Entscheidungen des Gremiums den Bereich „Migration“ betreffen und es wichtig sei, auch Inhalte der deutschen Schulbürokratie zu kennen. Eine längere Abwesenheit eines Sachkundigen Einwohners, einer Sachkundigen Einwohnerin sei fatal für die Zusammenarbeit, so Herr Kehr.

Punkt 3.2 der Tagesordnung V/0066/2012

Zuschüsse des Integrationsrates zu Veranstaltungen und Projekten

Beschlussvorschlag:

I. Sachentscheidung:

1. Folgende Zuschüsse werden gewährt:

Lfd. Nr.	Zuschuss an:	Zuschuss / Beschluss für:	Betrag in €	Anmerkung:
1.	Tania Pentcheva	Neujahrskonzert am 02.01.2012	90	
2.	Deutsch-Bulgarische Elterninitiative „Jan Bibijan“ e.V.	Bulgarisches Frühlingsfest „Baba Mart“ am 04.03.2012 in der Brücke	250	beantragt: 250 €
3.	Unabhängige Iranische Frauengruppe Münster	Kulturveranstaltung anlässlich des Internationalen Frauentages	250	
4.	ACDA e.V.	Veranstaltung am 09.03.2012 „Die Revolution im Jemen- Zwischen Realität und Perzeption“ in der Brücke	100	beantragt: 400 €
5.	Kulturverein Gottesweg e.V.	Kultur- und Begegnungsveranstaltung zum Welt-Roma- Tag am 08.04.2012	150	Programm und Kostenaufstellung muss vorgelegt werden
6.	Rroma Lehrerverein für Schulbildung und Kultur e.V. Münster	Konzepterarbeitung für das Projekt „Die Ähnlichkeit der Rromasprache und Literatur mit der indischen Sprache und Literatur“- Fahrt zur indischen Botschaft nach Berlin am 13./14.03		
7.	Lipa SouthEast Europe Network e.V.	5. Lipa-SüdOsteuropa Filmtage	400	
8.	Ilyad Sharim	Die rosarote Stadt – 200 Jahre nach der Wiederentdeckung der Felsenstadt Petra in Jordanien	200	
9.	Gesellschaft zur Förderung der deutsch-russischen Beziehungen Münster/Münsterland e.V. und der Filmwerkstatt Münster e. V.	Russische Filmtage Münster 2012	400	beantragt: 2.000 €
10.	Tanja Pentcheva	Konzert für das Sabato Lungo Fest in der Katholischen Mission	90	

II. Kosten/Folgekosten

Es wird zur Kenntnis genommen, dass Kosten in Höhe von 1.930 € entstehen.

III. Finanzierung/Mittelbereitstellung

Die o. g. Sachentscheidung ist wie folgt zu finanzieren:

Aufwendungen					
	Nr.	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemerkungen
Produktgruppe	0116	Migrations- und Integrationsmanagement	2011	1.930	
Teilergebnisplan (Zeile)	15	Transferaufwendungen			
Insgesamt:					

Herr Powroznik beantragte zu Punkt 6 eine Förderung abzulehnen. Er fand die Kosten in Höhe von 750,00 Euro für eine Übernachtung unangemessen hoch.

Herr Dr. Ibrahim fragte nach, warum der Antrag Nr. 4 nur mit 100,00 Euro bezuschusst werden solle, während andere Anträge eine größere Zuschusssumme erhielten.

Herr Marinos teilte mit, dass es zu dem Antrag Nr. 4 noch andere Finanzierungsressourcen gäbe wie die AStA oder Die Brücke – Internationales Zentrum der WWU Münster. Daher sei für diesen Antrag ein kleinerer Betrag vorgesehen.

Herr Dr. Ibrahim fragte nach den Förderkriterien. Der Entwurf eines Kriterienkatalogs von Herrn Marinos wurde ausgeteilt.

Die Zuschussvorlage wurde einstimmig, mit Änderungsantrag von Herrn Powroznik (zum Antrag Nr. 6), beschlossen.

**Punkt 3.3 der Tagesordnung
V/0175/2012**

Gewährung eines pauschalen Auslagenersatzes

Beschlussvorschlag:

I. Sachentscheidung:

Dem Vorsitzenden des Integrationsrates wird zum Ausgleich der Auslagen, die ihm bei der Ausübung seiner Tätigkeit im Verlauf des Jahres entstehen, für das Jahr 2012 eine Pauschale in Höhe von 3.000 Euro zur Verfügung gestellt.

II. Kosten/Folgekosten

Es wird zur Kenntnis genommen, dass Kosten in Höhe von 3.000 Euro entstehen.

III. Finanzierung/Mittelbereitstellung

Die o. g. Sachentscheidung ist wie folgt zu finanzieren:

Auszahlungen					
	Nr.	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemerkungen
Produktgruppe	0116	Migrations- und Integrationsmanagement			

Teilfinanzplan (Zeile)	16	Sonstige ordentliche Aufwendungen	2012	3.000,00	
Investitionsmaßnahme					
Insgesamt:				3.000,00	

Die Vorlage wurde einstimmig beschlossen.

Punkt 4 der Tagesordnung	Anfragen, Anregungen, Anträge der Mitglieder des Integrationsrates
---------------------------------	---

Herr Dr. Ibrahim stellte die Anfrage an die Verwaltung, welche Aufgaben und welche Stellung der Vorsitzende des Integrationsrates habe. Aus § 27 GO sei für ihn nur wenig ersichtlich. Herr Köhnke berichtete über entsprechende Informationen seitens der Verwaltung in der 1. Sitzung des Integrationsrates. Die Verwaltung werde Informationen aufarbeiten und Herr Dr. Ibrahim zusenden.

Herr Machado beantragte eine Sondersitzung zur Neubesetzung der Ausschüsse. Herr Köhnke teilte mit, dass eine zusätzliche Sitzung in den Osterferien ein nicht unerheblicher Verwaltungsaufwand sei und ein Teil der Mitglieder vermutlich auch die Ferien zu einem Urlaub nutzen werde.

Herr Machado zog seinen Antrag zurück.

Frau Seyfferth fragte nach, wie der Lauf der Anregungen aus den letzten Sitzungen zur Vergrößerung und Beteiligung der Menschen mit Migrationsvorgeschichte sei. Herr Köhnke teilte mit, dass die Anregungen als Vorlagen an den Hauptausschuss und die Fachausschüsse weitergeleitet wurden.

Punkt 5 der Tagesordnung	Berichte aus den Ausschüssen
---------------------------------	-------------------------------------

Herr Dr. Tsakalidis möchte den Bunker auf der Hammerstraße als Denkmal behalten. Die Stadtplanungen sehen vor, dass der Bunker abgerissen wird. Herr Dr. Tsakalidis könnte sich eine Mischnutzung einerseits durch Jugendliche die Musik machen und andererseits durch ausländische Vereine vorstellen. Diesen Gruppen fehlen häufig entsprechende Räumlichkeiten. Herr Dr. Tsakalidis bat die Mitglieder des Rates um Transfer dieser Idee in ihre Fraktionen.

Punkt 6 der Tagesordnung	Verschiedenes
---------------------------------	----------------------

Frau Seyfferth teilte mit, dass Minister Schneider am 16.04.2012 auf Einladung der SPD, das neue Integrations- und Teilhabegesetz im Uferlos vorzustellen. Thema dieser Veranstaltung lautet: „Kommunale Integrationszentren – eine Chance für Münster?!“

Herr Dr. Ibrahim hat die Ankündigung zu dieser Veranstaltung in den Medien gelesen. Seinerzeit fehlten noch die geeigneten Räumlichkeiten.

Frau Kücük fragte nach, ob sich die Integrationszentren aus den Strukturen der bisherigen RAAs der Kommunen entwickeln werden. Herr Köhnke erklärte, dass genauere Informationen zu den Integrationszentren in den noch ausstehenden Ausführungsbestimmungen enthalten sein werden.

Frau Küçük berichtete von einer Demonstration gegen den geplanten Besuch des türkischen Ministerpräsidenten Recep Tayyip Erdogan, der am 17.03.2012 in Bochum, den „Steiger Award“ für Gradlinigkeit, Offenheit, Menschlichkeit und Toleranz erhalten sollte.

Die Aleviten lehnen die Verleihung dieser Auszeichnung ab, da sie u. a. die Menschenrechtsverletzungen 1993 in der zentralanatolischen Stadt Sivas anprangern. Dort hatte 1993 eine islamistische Menschenmenge Brandsätze in ein Hotel geworfen, in dem Teilnehmer eines alevitischen Kulturfestivals festsaßen. 35 Menschen verbrannten oder erstickten, sie wurden in dem brennenden Gebäude festgehalten. Obwohl frühzeitig alarmiert, unternahmen Polizei und Feuerwehr acht Stunden lang nichts zu ihrer Rettung. [Der Generalsekretär der Alevitischen Gemeinde Deutschlands, Ali Dogan argumentiert, dass Erdogans Regierung die „Drahtzieher und Täter des Massakers noch heute decke“. ergänzt aus den aktuellen Medien]

Frau Küçük wies darauf hin, dass die Räumlichkeiten dieser schlimmen Ereignisse nicht gewürdigt würden. Dort wurde ein Kebap-Restaurant eröffnet.

Zusätzlich gäbe es keine Pressefreiheit in der Türkei und viele Studentinnen und Studenten würden unberechtigt inhaftiert und wären dann ohne Rechte, so Frau Küçük.

Herr Özdemir widersprach einigen Ausführungen von Frau Küçük. Das Gebäude in Sivas würde als Bibliothek oder Gedenkstätte genutzt. Herr Özdemir will in der politischen Diskussion nicht bereits im Jahre 1940 anfangen. Er findet es auch sehr schlimm, was dort passiert ist. Dennoch sieht er inhaltliche und geschichtliche Angelegenheiten von Staaten nicht als zielführende Vortragsthemen bei der Lösung der Probleme der Migrantinnen und Migranten in Münster.

Herr Cetinkaya berichtete, dass die Darstellung nicht richtig sei, dass alle Drahtzieher und Täter frei gelassen wurden. 33 Personen seien schon zu lebenslanger Haft verurteilt worden und bei 7 Personen stünde ein Urteil noch aus.

Herr Dr. Ibrahim sieht den Schwerpunkt der Arbeit des Integrationsrates auf kommunaler Ebene und ebenso wie Herr Özdemir nicht in der Diskussion von geschichtlichen und politischen Themen der Länder weltweit. Was der Integrationsrat an Inhalten mache, das vertrete die örtlichen Interessen der in Münster wohnhaften Personen, so Herr Dr. Ibrahim. Über das Ansinnen von Frau Küçük wollte er aus diesem Grund nicht diskutieren.

Noch vor 15 Jahren haben Mitglieder ihrer Familie in der Türkei ihre alevitische Identität verleugnen müssen, um nicht Repressionen ausgesetzt zu sein, teilte Frau Küçük mit. Sie sprach in der Sitzung für die in Münster lebenden Aleviten.

Insbesondere als Reaktion auf die Ausführungen von Herrn Dr. Ibrahim mahnte Herr Marinos die Mitglieder des Integrationsrates an, dass Menschenrechte und die Geschichte egal welcher Länder, nicht außen vorgelassen oder vergessen werden sollten. Er appellierte dafür menschlich zu sein und in diesem Gremium allen Mitgliedern die Möglichkeit zu geben, auch über Menschenrechtsverletzungen in ihren Herkunftsländern sprechen zu können, ansonsten würde er die Sinnhaftigkeit des Integrationsrates in Frage stellen, so Herr Marinos.

Herr Dr. Tsakalidis betonte in diesem Zusammenhang die Bedeutung der Resolutionen, die der Integrationsrat bereits verabschiedet habe.

Punkt 6.1 der Tagesordnung

Anregung gemäß § 24 GO NRW- Antrag von Schülern/-innen zur Save-me Kampagne

Herr Marinos berichtete, dass Schülerinnen und Schüler aus Münster eine Anregung an den Rat gegeben haben, der den Rat auffordert, einen Beschluss zur Unterstützung der Save-me-Kampagne zu fassen.

Ein Weg der Hilfe der Save-me-Kampagne liegt in der dauerhaften Aufnahme von Flüchtlingen in einem aufnahmebereiten Staat („Resettlement“ oder „Neuansiedlung“). Ca. 50 Städte haben

Ratsbeschlüsse gefasst, in denen sie sich ausdrücklich dazu bekennen, Flüchtlinge bei sich aufzunehmen. Es gibt eine Entscheidung der Innenministerkonferenz vom 09.12.2011, dass Deutschland sich dauerhaft mit einem festen Kontingent am Resettlementprogramm des UN-HCR beteiligt. Die Kampagne bezieht sich auf die Aufnahme von Flüchtlingen zusätzlich zu den regelmäßigen Aufnahmen der Kommunen. Es geht ggf. um die Festlegung eines Kontingentes, welches eine Stadt über die Quote der Zuweisung hinaus, aufnehmen könne. Herr Marinos möchte zur nächsten Sitzung eine Expertin/einen Experten in das Gremium einladen, der/die zu dieser Thematik referiert. Herr Marinos monierte, dass der Integrationsrat als zuständiges Gremium die Anregung nicht zuerst erhalten habe.

Herr Köhnke ergänzte zum Verfahren, dass die Anregung mit einer Ratsvorlage beantwortet werden müsse. Er befürwortete den Vorschlag zur nächsten Sitzung einen Vortragenden/eine Vortragende einzuladen, um als Gremium eine Empfehlung an den Rat geben zu können.

Herr Yavuz teilte mit, dass AKI und der Arbeiter- und Studentenverein aus dem Gebäude am Hafen umziehen. Die neue Anschrift lautet künftig: Dahlweg 112.

gez.
Spyridon-Paul Marinos
Vorsitz

gez.
Susanne Jostameling
Schriftführung